

Antrag

der Abgeordneten Dr. R. Werner Schuster, Dr. Uwe Holtz, Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau, Rudolf Bindig, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Dr. Ingomar Hauchler, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Eckart Kuhlwein, Christoph Matschie, Ulrike Mehl, Dieter Schanz, Günter Schluckebier, Dr. Peter Struck, Hans-Günther Toetemeyer, Hans Wallow, Verena Wohlleben, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Stärkung der kommunalen Nord-Süd-Arbeit – Förderung der Lokalen Agenda 21 – Umsetzung der Charta von Berlin

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die wachsenden Aktivitäten kommunaler Gebietskörperschaften und Nichtregierungsorganisationen der Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeit, die der Förderung globaler Verantwortung auf lokaler Ebene dienen. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Bedeutung dieser Aktivitäten, da sie ein wesentliches Element zur Umsetzung der Ergebnisse der Rio-Konferenz unter Einbeziehung der Bevölkerung auf allen Ebenen darstellt. Der Deutsche Bundestag hat sich wiederholt mit dem wichtigen Beitrag der Bevölkerung zur Umsetzung der Rio-Konferenzergebnisse beschäftigt und stets darauf hingewiesen, daß der notwendige globale Wandel ohne eine aktive Bevölkerungsbeteiligung nicht zu erreichen sein wird. Dem kommunalen Nord-Süd-Engagement, das auch durch den Ministerpräsidentenbeschluß vom 28. Oktober 1988 ausdrücklich begrüßt wird, kommt sowohl in der Förderung der Bewußtseinsbildung als auch im Bereich konkreter lokal verwurzelter Projektaktivitäten und Partnerschaftsprogrammen eine außerordentliche Bedeutung zu.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesregierung die erste Nord-Süd-Konferenz der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen (NRO), die in Berlin im Oktober 1992 durchgeführt wurde, unterstützt hat. Dem europäischen Konsortium von Towns & Development, dem wichtige europäische Nichtregierungsorganisationen und Städteverbände angehören, hat diese Konferenz mit Unterstützung der Europäischen Kommission und des Europarates, verschiedener Bundesländer, Kommunen und deutscher NROs unter der Schirmherrschaft der Präsidentin des Deutschen Bundestages durchgeführt. Die in der Charta von Berlin zusam-

mengefaßten Ergebnisse und Aktionsprogramme sind inzwischen durch die Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas in Straßburg zur Grundlage der zukünftigen Arbeit der europäischen Kommunen gemacht worden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dieser neuen entwicklungspolitischen Kraft, die sich vor Ort um die Beteiligung der Bevölkerung durch den umfassenden Aufbau dezentraler Strukturen und Netzwerke kümmert, alle notwendige Unterstützung durch die jeweils zuständigen Einrichtungen zukommen zu lassen. Dies gilt nicht nur für die sich ausweitende kommunale Nord-Süd-Arbeit, sondern auch in verstärktem Maße für die kommunalen Aktivitäten in Richtung Mittel- und Osteuropa und den sich verstärkt anbahnenden Dreieckskooperationen zwischen West-, Ost- und Süd-Kommunen und NRO im Umwelt- und Entwicklungsbereich. Kommunale Nord-Süd-Ost-Kooperation kann wichtige Anregungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und zur Verbesserung der lokalen Infrastruktur geben.

Der Deutsche Bundestag sieht in der Förderung solcher Aktivitäten zugleich einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der auf der Rio-Konferenz 1992 verabschiedeten Agenda 21, die einen Maßnahmenkatalog zur Lösung der globalen Umwelt- und Entwicklungsprobleme enthält. In Kapitel 28 der Agenda wird die Bedeutung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit herausgestellt. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Aufforderung an die Kommunen der Welt, Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung öffentlich zu diskutieren und bis 1996 einen Konsensus über eine „Lokale Agenda 21“ herzustellen.

Der Deutsche Bundestag sieht darüber hinaus in den Leitprinzipien und Handlungsstrategien der Charta von Berlin wichtige Orientierungen für die kommunale Nord-Süd-Ost-Arbeit.

Der Deutsche Bundestag bittet die kommunalen Spitzenverbände, die Verpflichtungen aus der Agenda 21 und die Anregungen und Forderungen der Charta von Berlin, in geeigneter Weise den Kommunen bekannt zu machen und entsprechende Aktivitäten zu initiieren und zu fördern.

Bonn, den 26. November 1993

Dr. R. Werner Schuster
Dr. Uwe Holtz
Brigitte Adler
Ingrid Becker-Inglau
Rudolf Bindig
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Dr. Ingomar Hauchler
Walter Kolbow
Horst Kubatschka

Eckart Kuhlwein
Christoph Matschie
Ulrike Mehl
Dieter Schanz
Günter Schluckebier
Dr. Peter Struck
Hans-Günther Toetemeyer
Hans Wallow
Verena Wohlleben
Hans-Ulrich Klose und Fraktion